

Ein Jahr ALFA

Liebe Mitglieder, liebe Förderer und Unterstützer,

ein Jahr ist nun unsere Partei alt, die Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Noch sind wir klein, aber die ersten Gehversuche haben wir schon hinter uns. Natürlich haben wir uns dabei so manche blauen Flecken und einige Schürfwunden geholt. Solche "Jugend-Erfahrungen" muss man aber machen, sie sind notwendig, damit sich das Potenzial später richtig ausprägen kann.

ALFA ist eine junge und aufstrebende Partei. Wir haben unser Ziel klar vor Augen, wir wollen die bürgerliche Mitte unserer Gesellschaft ansprechen - offen für Neues und als Bewahrer des Bewährten. Mit verantwortlicher Politik wollen wir die Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten. Eine Politik der Verantwortung für heute und für zukünftige Generationen ist das, was unser Land und Europa gerade in einer immer unsicherer werdenden Zeit benötigen.

In unserem Programm haben wir formuliert, wie wir die wichtigen Themen unseres Landes angehen wollen, um Deutschland wieder fit zu machen. Dazu gehört beispielsweise eine seriöse Rentenpolitik, die die jungen Leute und die Familien nicht vergisst. Dazu gehört eine realistische Einwanderungs- und eine sinnvolle Integrationspolitik, die auch darauf schaut, wie viele Einwanderer wir verkraften können. Dazu gehört auch der Blick auf die Europäische Union: Die Volksbefragung in Großbritannien über den Brexit hat jedem offenkundig werden lassen, dass die EU dringend reformiert werden muss, wenn sie den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gewachsen sein will. Und es muss auch weiterhin über die Gemeinschaftswährung Euro gesprochen werden, die für viele Probleme in der EU mit verantwortlich ist. Dies sind aber nur einige der großen Themen, die dringend angepackt gehören und wo ALFA den Finger in die Wunde legen will. Unsere engagierten Mitglieder und Abgeordneten haben inzwischen in vielen Bereichen Papiere vorgelegt, in denen wir konkrete Vorschläge unterbreiten, wie Reformen aussehen könnten.

Morgen, am 19.07.2016, feiert unsere Partei ihren ersten Geburtstag. Das gibt uns Gelegenheit innezuhalten, auf Erreichtes zurückzublicken und neue Herausforderungen anzugehen. In diesem Schreiben möchten Ihnen daher die Mitglieder des Bundesvorstands und die Spitzenkandidaten von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern einmal schildern, wie sich ALFA innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs entwickelt hat, warum sie sich bei ALFA engagieren und für welche Inhalte sie in der ALFA stehen. Auf Sicht gefahren und "rumgemerkelt" wurde nun wirklich lange genug. Wir werden uns weiter bis zum Äußersten anstrengen - denn unser Land ist zu schade um es weiter Durchwurstlern der großen Koalition oder verantwortungslosen Populisten zu überlassen. Wir von ALFA wollen unseren Kindern das Land einmal mindestens in einem so guten Zustand übergeben, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben.

Herzlich grüßt Sie

Ihre Ulrike Trebesius, MdEP, Bundesvorsitzende

Jürgen Joost, Generalsekretär:

Warum braucht Deutschland eine Partei wie ALFA?

Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestehen, brauchen Deutschland und Europa die politische Erneuerung; CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP sind dazu nicht fähig: Sie haben erdrückende Staatsschulden angehäuft, Euro-Rettung, Energiewende und die Flüchtlings- und Migrationskrise belegen ihr Politikversagen. Sie können die entscheidende Frage, wie zukünftig soziale Sicherheit und sozialer Frieden tatsächlich gewährleistet werden sollen, nicht beantworten. Dumpfer Populismus wiederum hilft hier Keinem. Was wir brauchen, ist ein neues Denken, neue Lösungen und neue Köpfe in einer unverbrauchten Partei der Mitte. Genau deshalb gibt es ALFA. Jetzt leisten wir die Aufbauarbeit, unser Ziel ist der Bundestag.

Bernd Vogel, stellvertretender Generalsekretär:

Vom Aufbau einer Partei - Einladung zum Mitmachen

ALFA hat sich aufgestellt. In allen 16 Bundesländern haben wir funktionierende Landesverbände gegründet. In einigen Ländern, wie zum Beispiel Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es flächendeckend bereits Regionsverbände. Schleswig-Holstein baut Kreisverbände auf. Unsere Partei wächst kontinuierlich und wir nehmen an Landtags-, Kreistags- und Gemeinderatswahlen teil. - Denn wir wollen schnell nah bei den Menschen zu sein, Mitglieder gewinnen und ALFA als politischen und gesellschaftlichen Akteur vor Ort verankern. Das ist oft anstrengend und manchmal gibt es auch Rückschläge. Aber wir tun es alle gern, weil wir in Deutschland einen Politikwechsel brauchen. Wir wollen weniger Phrasen, weniger Drumrumreden hören und fordern mehr Ehrlichkeit gerade in der Politik. - Wir glauben, dass Bürger Ehrlichkeit in der Politik gut verkraften können und wertschätzen. Politik geht uns doch alle an! Und wer ebenfalls etwas von der Verantwortung für unsere Gesellschaft und unser Gemeinwesen mittragen will, der soll als engagierter Bürger gerne bei uns mitmachen.

Bernd Kölmel, MdEP, Stellvertretender Bundesvorsitzender:

Vom Kampf um Haushaltsdisziplin in der EU

Eine Reform hätte die EU dringend nötig. Für diese Erkenntnis hätte es den Brexit wirklich nicht gebraucht, - das zeigt bereits der politische Alltag im Europaparlament. Die Abgeordneten der meisten Parteien reden ausschließlich von noch mehr EU, von noch weitreichenderen Kompetenzen und letztlich immer von mehr Geld. Wir ALFA-Abgeordneten stimmen dann vehement gegen Budgeterhöhungen, wo sie keinen erkennbaren Mehrwert für die Gesamtheit der Mitgliedsstaaten erbringen. Alle anderen Maßnahmen gehören unseres Erachtens ohnehin in den Bereich der Mitgliedsstaaten zurückdelegiert. Auch wenn wir - oft zusammen mit unseren Kollegen aus der EKR- Fraktion - überstimmt werden, ist dieses Zeichen doch wichtig. Denn ohne Gegenstimme würde man noch hemmungsloser Geld ausgeben. Aktuell kämpfen wir von ALFA gegen einen eigenen zusätzlichen staatlichen

Haushalt für die Eurozone. Dieser soll ein Volumen von jährlich bis zu einer Billion Euro haben. Wem das zu utopisch klingt, der möge den Entwurf lesen. Denn dort steht, dass man unter anderem die Arbeitslosenversicherung europäisch vereinigen will. Wenn das passieren würde, wäre die Transferunion perfekt. Es ist klar, dass dann Deutschland die höchsten Zahlungen leisten müsste. Auch andere Länder leiden schon jetzt unter dem Korsett der EU. Wir müssen die EU wieder auf die Grundprinzipien der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit zurückführen, bevor es zum großen Knall kommt.

Christian Schäfer, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, Stellvertretender Bundesvorsitzender:

Vertretung berechtigter Bürgerinteressen im Landesparlament

In Bremen heißt ein Jahr ALFA auch ein Jahr Mitgliedschaft in der Bremer Bürgerschaft, unserem Landesparlament. Dort prüft ALFA als echte Oppositionspartei sehr sorgfältig die Beschlussvorlagen der Regierung. Wie wichtig eine echte Opposition ist, erfahren wir immer wieder von engagierten Bürgern, die ihre Anliegen nicht angemessen durch die etablierten Parteien vertreten sehen. So wollten beispielsweise alle Parteien den Bau des umstrittenen Offshore-Terminals Bremerhaven vorantreiben - auch dann noch, als sich die Planungsvoraussetzungen drastisch geändert hatten. ALFA hat im Parlament die gerechtfertigte Kritik der Bürger an diesem 180-Millionen-Euro-Grab vorgebracht. Außerparlamentarisch tat dies der BUND, der das Vorhaben nun auf dem Rechtsweg in Frage stellt.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Stellvertretender Bundesvorsitzender:

Die Eurokrise ist nicht vorbei - ALFA hat den Notfallplan

Auch wenn er inzwischen medial aus dem Fokus gerückt ist: Der Euro hängt immer noch wie ein Damoklesschwert über Europa. Der Euroraum droht inzwischen ungeordnet auseinanderzubrechen. Zum größten Sprengsatz neben den endlosen Griechenlandkrisen ist inzwischen Italien geworden. Das Land ist offenbar weder willens noch fähig, sich an die Regeln des Stabilitätspaktes zu halten. Stattdessen wird versucht, die riesigen Staats- und Bankenschulden mithilfe von EZB, ESM und Bankenunion auf europäischer Ebene zu sozialisieren. In den anderen Südländern sieht es leider kaum besser aus. Der Euro droht durch Inflation zur neuen Lira zu werden. Eine mögliche Lösung, die ALFA vorschlägt, wäre deshalb eine kleinere Währungsunion der vergleichsweise soliden nördlichen Länder. Andernfalls würden sie immer tiefer mit in den Schuldensumpf gezogen.

Prof. Dr. Wilken Möller, Schatzmeister, und Dr. Hergen Frerichs, Stellvertretender Schatzmeister:

Mit Geld muss man gut haushalten

Der Aufbau von ALFA zu einer bundesweiten Kraft der bürgerlichen Mitte stellt uns jeden Tag auch vor finanzielle Herausforderungen, die wir dank vieler Unterstützerinnen und

Unterstützer und eines sorgsamem Umgangs mit dem Geld meistern. Dies sollte auch in der Politik gelten. Wir setzen uns für einen effizienten Einsatz von Steuermitteln ein. Gleichzeitig bedeutet Geld aber auch Freiheit. Bargeld wiederum ist eine besondere Form der Freiheit: Die Abschaffung des Bargelds mit dem Ziel der zusätzlichen Besteuerung über Negativzinsen lehnen wir ab.

Margot Rheinheimer-Bradtke, Justiziarin:

ALFA setzt sich für die Rechtsstaatlichkeit ein

ALFA setzt sich für die unbedingte und uneingeschränkte Geltung des Rechts und seine tatsächliche Umsetzung ein. Die fortgesetzte Missachtung der europäischen Verträge kann nicht durch politische Interessen oder in sonstiger Weise legitimiert oder einfach hingenommen werden. Auch auf nationaler Ebene muss die Anwendung geltenden Rechts gewährleistet sein und die hierfür zuständigen Institutionen sind in personeller und finanzieller Hinsicht hinreichend auszustatten. In Deutschland lebende Personen müssen registriert und identifizierbar sein; einen rechtsfreien Raum darf es nicht geben.

Dr. Christian Zimmer, Leiter des Vorstandssekretariats:

Eine Mitmach-Partei mit Diskussionskultur

ALFA hat derzeit über 2.500 Mitglieder, außerdem 3.500 Förderer, Unterstützer und Interessenten. Ein Drittel war zuvor noch nie Mitglied in einer anderen Partei. Die Partei hat bei ihrer Satzung größten Wert auf ein Aufnahmeverfahren gelegt, das verhindert, dass Extremisten aufgenommen werden. Seit ihrer Gründung hat ALFA auf ihrer Website fast 300 Beiträge veröffentlicht. Bundesweit werden bereits über 50 Webseiten auf Landesverbands- und Regionalebene betrieben. Darüber hinaus ist eine Infrastruktur geschaffen worden, mit der es möglich ist, innerhalb kürzester Zeit die Mitgliedschaft zu befragen und damit in aktuellen Fragen in die politische Ausrichtung mit einzubinden. Dies hat auch dazu geführt, dass bereits nach sieben Monaten ein Parteiprogramm verabschiedet werden konnte. Während andere noch streiten, hat ALFA bereits klare und abgestimmte Positionen. Wir stehen zu Fortschritt und Aufbruch. Ein Beispiel: Da wir sachliche Diskussionen führen können, werden fortschrittliche Technologien, wie beispielsweise die Gentechnik, nicht kategorisch verteufelt, sondern als wichtiges Hilfsmittel für die Entwicklung neuer Medikamente und deren umwelt- und ressourcen-schonende Herstellung angesehen.

Ulrike Schütt, Mitglied des Bundesvorstands:

Partner des freien Unternehmertums und des Mittelstandes

ALFA ist offen für Menschen, die Neues wagen. Wir sind eine Partei, deren Köpfe nicht nur über großen Sachverstand verfügen, sondern diesen auch kreativ anwenden. Das Rad muss nicht täglich neu erfunden werden, aber wenn etwas nicht funktioniert, muss man die ausgetretenen Pfade verlassen und einen Neuanfang wagen. So ist es auch für Unternehmer

- im Großen und im Kleinen. Ein freier Unternehmer setzt auf Bewährtes und wagt gleichzeitig Neues. Achtzig Prozent der Arbeitsplätze schafft der Mittelstand. Das ALFA-Mittelstandsnetzwerk ist kompetenter Partner dieser tragenden Säule unseres Staatswesens.

Matthias Anschütz, Mitglied des Bundesvorstands:

Für eine positive Identifikation mit unserem Staat

Unsere Partei ALFA ist für die Aufnahme von Flüchtlingen, wenn sie in ihren Heimatländern mit Leib und Leben bedroht sind oder vor einem Bürgerkrieg fliehen. Das ist einfach mitmenschliche Pflicht. Wer unsere Hilfe in Deutschland will, muss allerdings auch so weit offen sein, die hier geltenden Regeln anzuerkennen und sich an die hier wohnende Bevölkerung anzupassen. Wir sind auf der anderen Seite ebenfalls bereit, uns auf die Flüchtlinge einzustellen. So ist das ja auch mit Gästen.

ALFA steht für eine offene, tolerante, bürgerliche, rechtsstaatliche Gesellschaft in Deutschland, egal welche Hautfarbe oder Religion der Einzelne mitbringt. Das hat unsere junge Partei im ersten Jahr ihres Bestehens deutlich gemacht. Wir sprechen eben nicht bloß von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und den Rechten des Einzelnen, sondern wir verteidigen sie auch für andere. Wir kennen auch aber die Unzufriedenheit der Bürger in unserem Land, die sich nicht mehr von der regierenden Politik verstanden fühlen. Die Politik muss in Deutschland überdacht werden und mit den Bürgern gemeinsam verantwortlich handeln. Wir sollten alle Staatsbürger - Alteingesessene wie diejenigen mit Migrationshintergrund dazu einladen, sich wieder mehr mit unserem Staat als unserem "Gemeinwesen" zu identifizieren.

Torsten Jungbluth, Mitglied des Bundesvorstands:

Der jungen Generation eine Perspektive bieten

Jeder weiß, dass junge Arbeitnehmer in Deutschland heute bereits erhebliche Lasten stemmen. Junge Menschen werden in Zukunft nicht nur den Kapitaldienst für Billionen von Staatsschulden erarbeiten müssen. Den etablierten Parteien und dem Euro sei Dank werden sie in Zukunft auch für noch gar nicht bezifferbare Schulden anderer Staaten aufkommen müssen. Sie sollen außerdem Beamtenpensionen und die Renten-, Pflege- und Gesundheitsleistungen für Millionen von Babyboomern erwirtschaften, die bald aus dem Erwerbsleben ausscheiden und deren Ansprüche historische Rekorde brechen. All das wird zusammengenommen einen Rekord nach dem anderen an Steuer-, Abgaben- und Beitragslast nach sich ziehen. ALFA setzt sich dafür ein, dass jungen Menschen nicht nur die Auswanderung, also Abstimmung mit den Füßen übrigbleibt, wenn sie mit ihrer Arbeit ihre eigene Zukunft gestalten wollen. Keiner Generation soll es schlechter gehen als ihren Eltern. Wir haben im Gegensatz zu allen anderen nicht vergessen, dass das nur mit sozialer Marktwirtschaft und stabiler Geldpolitik funktionieren kann.

Peter Drewes, Mitglied des Bundesvorstands:

Das Fundament der Gesellschaft stärken

ALFA ist eine Partei der Familien. Wir wollen die finanziellen und gesellschaftlichen Nachteile, die Menschen mit Kindern erfahren, reduzieren. Deshalb wollen wir ein Familiensplitting und familienbezogene Wohnraumförderung. Es gilt auch, die elterliche Erziehungsleistung wertzuschätzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Für diejenigen Familien, in denen sich ein Elternteil ausschließlich der Erziehung von Kindern widmet, sollen ausreichende Freiräume geschaffen werden.

Prof. Dr. Dirk Manske, Mitglied des Bundesvorstands

Sich fortschrittlicher Technik nicht verschließen

Unser Land braucht fortschrittliches Denken und Handeln. Daher setzt sich ALFA überall für die Entwicklung neuer Techniken und den wissenschaftlichen Fortschritt ein. So zum Beispiel im Bereich der Energie- und Verkehrspolitik. Wir dürfen uns fortschrittlicher Technik nicht von vornherein verschließen, denn sie ist die Grundlage unseres Wohlstands. Deshalb gilt es, den Fortschritt für uns bestmöglich nutzbar machen. Denn nicht die Menschen sind für die Technik da, sondern die Technik soll uns Menschen helfen, die Probleme unserer Zeit zu lösen. ALFA ist kompetent und erarbeitet Lösungsvorschläge, wie wir mit neuen Technologien umgehen sollten. Für mich ist klar: ALFA ist die Zukunftspartei.

Bernd Lucke, MdEP, Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017:

Wie wir die Rente sicher machen können

Die große Krise der Zukunft ist die Rentenkrise. In der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Renten der Alten von den Jungen gezahlt. Aber es gibt viel zu wenig Kinder in Deutschland. Und Einwanderer, die in großer Zahl kommen, verdienen mangels ausreichender Berufsqualifikationen zu wenig, um gute Renten finanzieren zu können. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird in dreißig Jahren die Hälfte der Rentner unterhalb der Armutsgrenze leben. Wir müssen einen staatlichen Rentensicherungsfonds auflegen - einen vor dem Zugriff des Finanzministers gesicherten Vermögensfonds, wie ihn viele andere Länder auch haben. Ein Nebeneffekt: Wenn der Staat spart, statt sich zu verschulden, hat er auch ein Interesse daran, dass es wieder positive Zinsen gibt. Und aus den Erträgen des Rentensicherungsfonds kann die gesetzliche Rente ergänzt werden. Damit jeder im Alter eine angemessene Rente bekommt - auch die, die vielleicht jahrelang ihre Berufstätigkeit zugunsten ihrer Familie und ihrer Kinder zurückgestellt haben.

Dr. Christian Schmidt, Spitzenkandidat für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016:

Berlin braucht eine Erneuerung

Berlin braucht endlich eine leistungsstarke, vorausschauende Regierung. Die Stadt leidet unter Kriminalität, Gewalt, Missmanagement, Korruption und Verschwendung öffentlicher Gelder. Die bisherigen Konzepte der großen Koalition sind krachend gescheitert - Berlin steht auf vielen Gebieten schlechter da als eh und je. Nur ein Beispiel: Zusagen für bezahlbaren Wohnraum - noch zu Zeiten des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit - wurden auch unter dem neuen Bürgermeister Müller nicht erfüllt. Politik muss länger halten, als der Horizont einer Wahlperiode.

Falk Schettler, Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016:

Wir von ALFA sind die "Problembenenner"

Das Politik-Problem der letzten zwanzig Jahre ist relativ simpel: Die regierenden Parteien haben die echten Probleme nicht benannt, sondern meist einfach umbenannt. Es hat keinen Sinn, sich die Vergangenheit erst schönzureden und sie sich dann wieder herbeizuwünschen. Die Gegenwart ist es, an der wir bauen müssen. Wir brauchen Vordenker und Anpacker, Menschen, die Mut haben. Wir brauchen vor allem Wähler, die sich am 4. September dazu aufrufen, eine Partei zu wählen, die neue, vernünftige Lösungsideen anbietet statt Parolen. Es ist Zeit für Menschen in der Politik mit echten Lebensläufen, so wie wir sie bei ALFA finden. Planloses Dagegensein überlassen wir den anderen. Genauso schlimm ist aber auch das planlose Dafürsein, wie wir es von den etablierten Parteien kennen.